

wvib-Präsident Thomas Burger

# Land + Industrie = Zukunft

Thesen für das Jahr 2018 ff.

1. Uns geht es gut!
  - Das magische Viereck (Wachstum, Inflation, Arbeitsmarkt, Exporte) ist in historischer Bestform.
  - Der Konsum ist stark, das Verbrauchervertrauen ist auf Höchststand.
  - Der demographische Wandel verändert sein Gesicht. Es gibt Zuwanderung, es werden wieder mehr Babys geboren.
  - Der Staat erzielt seit Jahren Rekordeinnahmen und kann dadurch Schulden reduzieren und gleichzeitig mehr ausgeben. Das ist historisch einmalig. Jetzt dürfen wir nicht leichtsinnig werden.
2. Es stimmt nicht, dass es in Deutschland eine wachsende Ungleichheit gibt. Aber es stimmt, dass viele Menschen dies glauben und politisch unsicher werden. Unsere wvib-Kampagne „Einigkeit.Recht.Freiheit.“ (Anlage) haben wir mit der Bundestagswahl 2017 beendet, aber unser Einsatz für einen freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat als Voraussetzung für eine wirklich soziale Marktwirtschaft wird mit Leidenschaft weitergehen.
3. Die Industrie in Deutschland ist global wettbewerbsfähig. An ihrer Zukunft hängt die Zukunft unserer wirtschaftlichen Stabilität und unser breiter Wohlstand. Das dürfen wir nicht vergessen.
  - Dollarwechselkurs und niedrige Zinsen geben derzeit noch immer Rückenwind.
  - Wir haben einen guten Mix aus städtischer Großindustrie und einem breit aufgestellten international agierenden Mittelstand abseits der Metropolen. Industriell starke Landschaften wie die „Schwarzwald AG“ sind die Jobmotoren und Wirtschafts-Kraftwerke Deutschlands.
  - Wir haben derzeit die richtigen Produkte rund um Mobilität, Automatisierung, Sensorik, Medizintechnik und Maschinenbau.
  - Industrie 4.0 und Digitalisierung werden von Wirtschaft und Gesellschaft im weltweiten Vergleich – trotz großen Umbrüchen - gut bewältigt. Starke

Nachholbedarf haben allerdings manche Politiker, viele Unternehmensberater und einige Medien.

4. Es geht bei der Bewältigung der bereits 50 Jahre andauernden Digitalisierung um Orientierung, um Infrastruktur und um Rahmenbedingungen. Es geht nicht um das Verbreiten von Panik und Hysterie. Es geht auch nicht um das Verteilen von wirtschaftspolitischen Almosen oder sich modern gebender Polit-PR.
  - Wir brauchen die weltweit schnellsten Verbindungen auch in der entlegensten Ecke sobald als möglich. Mehr muss in keinem Parteiprogramm stehen.
  - Wir brauchen einen klaren Ordnungsrahmen, der die Prinzipien des Rechtsstaats ins digitale Zeitalter fortschreibt.
  - Wir brauchen keine staatlichen Programme zur Erweckung der Privatwirtschaft. Nicht der Mittelstand auf dem Land verschläft die Digitalisierung, sondern der problemferne Staat in der Stadt!
  - Wir brauchen eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – aber über die Zukunft der Mobilität sollen Markt und Umweltschutz entscheiden. Ökologie: Ja! Kurzfristig aufgelegte Förderprogramme: Nein!
5. Wir brauchen Steuersenkungen um wettbewerbsfähig zu bleiben und um Steuerzahler zu entlasten. Der Soli passt längst nicht mehr ins Bild, ein Spitzensteuersatz, der bereits bei 60.000 Euro Jahreseinkommen greift, erst recht nicht. Auch die Sozialversicherungen können ihre Beitragszahler entlasten.
6. Der Staat soll seine Kernaufgaben besser erledigen. Das ist der größte Wunsch der Bürger.
  - Wir brauchen Straßen und Brücken, eine unterbrechungsfreie und saubere Energieversorgung, durchgängige stabile Funknetze, die beste Ausstattung bei Universitäten und Schulen.
  - Bildung ist unsere einzige Ressource. Dazu haben wir einen Standpunkt, der immer noch gilt. (Anlage)
  - Die Bedeutung von innerer und äußerer Sicherheit hat faktisch zugenommen. Hier müssen wir investieren.
  - Die Politik muss keine Feinsteuerung betreiben, keine (lokalen) Akteure noch besser vernetzen, nichts von dem besser wissen wollen, was ohnehin auf internationalen Märkten entschieden wird. Nichts muss von Beamten

„angekurbelt“ werden, wenn die Politik ihre obigen Aufgaben zuverlässig erledigt.

7. Die mittelständische Industrie ist politisch unzureichend organisiert.

Unter anderem das Beispiel „Entsende-Richtlinie“ macht erschreckend klar, dass die exportierende Industrie keine funktionierende Lobby hat. 55 Jahre nach dem Elysée-Vertrag steht Europa beim Thema offene Grenzen wieder ganz am Anfang. Solche Themen hat kein Industrieverband in Brüssel, in Berlin oder in Stuttgart zufriedenstellend bearbeitet. Die Vertreter der mittelständischen Industrie - auch der Region - müssen zukünftig professionell zusammenarbeiten, wenn sie derartige Rückschritte verhindern und etwas erreichen wollen.

8. Land und Mittelstand = Zukunft

- Deutschlands Stärke und Tradition liegen in seinen Regionen und seinem Mittelstand. Deutschland hat aus historischen Gründen „weniger Provinz“ und mehr Wachstumsräume als andere Länder, die oft von einer Hauptstadt-Agglomeration dominiert werden.
- Gehen wir konsequent und inspiriert unseren eigenen Weg zum Erfolg weiter, denn als flache Kopie von Sondersituationen rund um Silicon Valley, Singapore oder Beijing werden wir niemand auf der Welt überzeugen. Wir machen vielmehr unsere ureigenen Stärken auch noch selbst kaputt. Kopieren geht vor kopieren.
- Die Unternehmen der Schwarzwald AG brauchen keinen altbackenen „Vater Staat“ mit hohen Steuern und Sozialabgaben, abfallender Infrastruktur und zahllosen problemfernen, bürokratischen Förderprogrammen. Sie brauchen einen sachverständigen „Partner Staat“, der investiert, entlastet, entschuldet, entbürokratisiert.
- Die Unternehmen der Schwarzwald AG brauchen eine Politik, die verstanden hat, dass das Wachstum und Beschäftigung auch in Zukunft auf dem Land stattfinden werden, wenn wir diesen ebenso schönen wie leistungsstarken Raum mit mehr Respekt und größerem Sachverstand behandeln. Die Politik ist gefordert, neue Wege zu gehen und eine neue Sprache zu finden. Es geht um Augenhöhe! Und nur so kann man die Menschen gewinnen.